



## Presseinformation

zur 5. Sitzung des Kreistages  
am 05.07.2021

### TOP 2.2

#### **Antrag Fraktion Die Linke/ÖDP vom 17.06.2021; Klimanotstand**

##### **Sachverhalt:**

Mit Schreiben vom 17.06.2021 wurde durch die Kreistagsfraktion DIE LINKE / ÖDP (Antragsteller/-innen KRin Marie Schöttner, KR Klaus John, KR Christian Löbel) der nachfolgende Antrag gestellt:

1. Der Landkreis Fürth erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an
2. der Landkreis Fürth erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen und lässt durch eine externe Studie eine Abschätzung erstellen, welche Maßnahmen notwendig sind, um die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Erlangen nach Maßgabe des 1,5 Grad-Ziels zu erreichen.
3. der Landkreis Fürth wird bei seinen Beschlüssen die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit berücksichtigen und wann immer möglich Maßnahmen priorisieren die im Sinne einer ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit Wirken, Klima-, Umwelt- und Artenschutz berücksichtigen und den Klimawandel und dessen Folgen abschwächen.
4. der Landkreis Fürth macht in der Öffentlichkeit zu deutlich, dass der Schutz unserer Lebensgrundlagen und des Klimas erste Priorität in der Politik der Verwaltung haben muss. Er ergreift insbesondere geeignete Maßnahmen um die Öffentlichkeit umfassend über den Klimawandel sowie über Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden zu informieren.
5. der Landkreis Fürth wirbt auf allen politischen Ebenen für die Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels und arbeitet dabei auch mit anderen Kommunen und den kreisangehörigen Gemeinden zusammen. Er tut dies insbesondere auch im Rahmen seines Wirkens in den Gremien des Landkreistags.
6. Die notwendigen Finanzmittel für das Haushaltsjahr 2021 sowie für die mittelfristige Finanzplanung sind zum Haushalt anzumelden.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE / ÖDP wird zur weiteren Behandlung an den zuständigen Fachausschuss (Umwelt- und Verkehrsausschuss) verwiesen. Nach erfolgter Beratung soll der Kreistag erneut informiert werden.

**Beschlussvorschlag:**  
Der Kreistag nimmt Kenntnis.